

## Presseerklärung zur Kommunalwahl des Bochumer Bündnisses für Arbeit und soziale Gerechtigkeit (Beteiligte Organisationen s.u.)

Das Bochumer Bündnis für Arbeit und soziale Gerechtigkeit ist 2010 gegründet worden, um den Abbau von sozialen Leistungen und kulturellen Angeboten zu verhindern und hat sich seitdem immer wieder für den Ausbau von sozialer Sicherheit, von Infrastruktur und Klimaschutz eingesetzt.

Stefan Marx, Geschäftsführer des DGB Ruhr-Mark und Sprecher des Bündnisses, erläutert:

**„Ziel unserer gemeinsamen Aktivitäten ist die Stärkung der Daseinsfürsorge und die Umsetzung einer sozialen und gerechten Politik. In diesem Sinne sollen unsere Forderungen zur Kommunalwahl zur Orientierung bei der Wahlentscheidung dienen. Dabei ist es uns angesichts der Rechtsentwicklung besonders wichtig, dass rechtsextreme Parteien wie die AfD keinen Sitz und keine Stimme im Rat und in den Bezirksvertretungen bekommen.“**

Das „Bochumer Bündnis für Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ tritt dafür ein, dass Bochum eine bunte, weltoffene und solidarische Stadt bleibt,

- die in ihren Betrieben und bei Ausschreibungen „Gute Arbeit“ gewährleistet
- die Geflüchteten eine Perspektive gibt,
- in der es bezahlbaren Wohnraum für alle gibt,
- die die Mitwirkung der Bürger\*innen bei allen wichtigen städtischen Vorhaben organisiert,
- in der der ÖPNV sozialgerecht, klimafreundlich und bezahlbar ist,
- die benachteiligte Kinder und Jugendliche unterstützt und stärkt,
- in der dringend notwendige neue Schulen gebaut werden - nicht nur als Lern- sondern als Lebensorte,
- in der die Vielfalt der freien kulturellen Arbeit in Bochum dauerhaft gestärkt wird.

Die Geschäftsführerin des Mietervereins Bochum Hattingen, Sabine Mosler-Kühr bekräftigt:

**„Es ist ein Skandal, dass ärmere Haushalte, ältere Menschen und kinderreiche Familien kaum noch bezahlbare Wohnungen in Bochum finden. Die Stadt muss sich dringend um Erhalt und Schaffung von bezahlbarem Wohnraum bemühen und Maßnahmen gegen überhöhte Mieten ergreifen.“**

**„Und knapp ein Viertel der Kinder und Jugendlichen in Bochum leben in Familien, die auf Bürgergeld oder Sozialhilfe angewiesen sind“ ergänzt Rolf Geers, Geschäftsführer des Kinder- und Jugendrings Bochum.**

**„Hier sind kommunale Unterstützungsangebote besonders wichtig, damit die Kinder eine gute Zukunft haben.“**

Die beteiligten Organisationen sind sich einig darin, dass eine aktive soziale und demokratische Stadtpolitik dazu beitragen kann, dass aus der Forderung „Rathaus Nazifrei!“ in Bochum Wirklichkeit wird.

Weitere Informationen: Stefan Marx, Tel.: 02331 386040

Im Anhang: Flyer Kommunalpolitische Forderungen

Attac Bochum, AWO KV Bochum, Bahnhof Langendreer, DGB Bochum, DGB Ruhr-Mark, GEW Bochum, IFAK e.V. – Verein für multikulturelle Kinder- u. Jugendhilfe – Migrationsarbeit, IG Metall Ruhrgebiet Mitte, Kinder- und Jugendring Bochum e. V., Mieterverein Bochum, Hattingen und Umgegend e. V., ver.di Bezirk Mittleres Ruhrgebiet